

Öffnung von Parkplatzflächen für die Öffentlichkeit abends, am Wochenende und Feiertags (16.03.2019, Antragssteller: Meik Brauer, Ingo Denzel, Sascha Henrich, Gesa Jauck, Dr. Marek Jenöffy, Jan Krähling, Marcus Krüger, Manfred Neuenhaus, Barbara Pryla, Moritz Kracht, Jill Wintermeyer)

Es soll seitens der Landeshauptstadt Düsseldorf geprüft werden, ob es machbar ist, Parkplatzflächen von kommunalen oder Landesträgern der Öffentlichkeit außerhalb der Dienst- bzw. Öffnungszeiten der entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Antrag wurde beschlossen.

Pflegepolitik gestalten – für eine liberale Pflege! (16.03.2019, Antragssteller: Junge Liberale Düsseldorf)

Jeder Mensch kann im Laufe seines Lebens in eine Situation kommen, in der er eine Pflegeleistung in Anspruch nehmen muss.

Digitalisierung in Pflege vorantreiben:

- Die am meisten gehörte Forderung von den Pflegekräften ist mehr Zeit für Patienten zu haben. Jedoch stehen immer weniger Pflegekräfte, eine immer größer werdende Leistung an Dokumentation gegenüber. Es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, die Dokumentation stärker zu digitalisieren und bedienerfreundlich zu gestalten, um die Pflegekräfte zu entlasten, damit ihre Kernaufgabe der Pflege in ein angemessenes Verhältnis zur Dokumentation gerückt wird. So könnte ein IT- und Assistenz-Dokumentationssystem, das eine patientennahe Dokumentation am Bett ermöglicht, eine Lösung sein. Im Krankenhaus gibt es die Möglichkeit, zum Beispiel elektronische Assistenzsysteme zum Verteilen von Essen und Tabletten und zu Beschäftigung von Patienten zu nutzen, um Pflegefachkräften zu entlasten. Bei Körperpflege, Hygiene und Medikation sollen überall da, wo es möglich ist, elektronische Assistenzsysteme in Pflegeheimen und Krankenhäusern genutzt werden. Die Überwachung dieser Systeme obliegt den verantwortlichen Pflegekräften.
- Wohnen im Alter: die Ausstattung von altersgerechten Wohnungen muss digitale Systeme und elektronische Assistenzsysteme selbstverständlich miteinbeziehen und diese gleichberechtigt neben anderen Maßnahmen fördern.
- Je mehr Technik, desto mehr Wissen braucht eine Pflegeeinrichtung. Es soll geprüft werden, inwiefern bestehende Berufsbilder dem immer steigenden Anspruch digitaler Technologie gerecht werden können. So können beispielsweise maßgeschneiderte Weiterbildungen für Medizintechniker eingesetzt werden, damit dieser Veränderung angemessen Rechnung getragen wird.
- Einführung einer neuen Technik bedeutet hohe Kosten für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste, die oft nicht getragen werden können. Deshalb fordern wir die Einführung von Digitalisierungs-Budgets um den Kostenmehraufwand zu deckeln. Diese Budgets sind vom Land zu leisten. Da hier bereits in den letzten Jahren unnötig gespart wurde.
- Digitale Assistenzsysteme sind ebenfalls in der häuslichen Pflege unerlässlich. Hier müssen die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet werden und sich den aktuellen Anforderungen anpassen.

Gute Pflege kommt von überall:

Auch Einwanderung aus dem Ausland nutzen um neue Pflegekräfte zu werben.

- Dazu muss nach Möglichkeiten gesucht werden, die Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen zu beschleunigen.
- Um einen Anstoß für die Einwanderung von Pflegefachkräften zu fördern, sollten Personal-Werbebörsen eingeführt werden, die gezielt Fachkräfte anwerben, den Bewerbern bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu helfen, Sprachkurse vermitteln und bei der Wohnungssuche zu helfen.

Anerkennung der Pflege verbessern:

Die Mitglieder des Kreisverbandes der FDP Düsseldorf erkennen den hohen Stellenwert der Pflege im Gesundheitssystem an und fordern die Anerkennung ihrer Wichtigkeit durch den Gesetzgeber. Dies sollte sich neben der öffentlichen Anerkennung, auch in der Vergütung der Arbeit widerspiegeln. Dies soll explizit nicht durch staatliche Regulierung gewährleistet werden, sondern im Rahmen der Stärkung der Tarifpartner erfolgen. Zur Verbreitung der Akquisitionsbasis für Pflegekräfte ist das Verfahren der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in diesem Bereich zu beschleunigen. Das Berufsqualifikationsgesetz „BQFG“ wird hier bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Einrichtung einer Pflegekammer:

Die Pflegenden in NRW wurden mit einer repräsentativen Umfrage befragt. Bei dieser haben sich 79% für die Einrichtung einer Pflegekammer in NRW entschieden.

Wir unterstützen die Entscheidung der Pflegefachkräfte und möchten uns für eine Umsetzung einsetzen.

Eine Pflegekammer ist die Möglichkeit die Verantwortung von beruflichen Belangen der Pflege an Pflegefachkräfte zu übertragen. Dies bedeutet keinen übergeordneten Bürokratismus! Die Aufgaben werden vom Staat auf die Kammer und somit direkt auf die Pflegefachkräfte übertragen. Somit fordern wir die Einrichtung einer Kammer für Heilberufe in der Pflege, die sich an den Beispielen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein orientiert. Wie bei anderen Kammern wird hierbei die Möglichkeit geschaffen, dass sich die Pflegenden frei und selbstbestimmt, ohne planwirtschaftliche Vorgaben seitens der Politik, organisieren können. Dies beinhaltet die Vorgabe von Qualitätsstandards, auch für eine einheitliche Ausbildung. Dies dient langfristig als Organ zur generellen Bearbeitung der Probleme in der Pflege, wie z. B. Attraktivität der Berufe, Rationalisierung, Belastung, Arbeitszeit, Weiterbildung und Dokumentation. Die Höhe der Gehälter, oder entsprechende Tarifverhandlungen, fallen nicht unter den Kompetenzen einer solchen Kammer. Lediglich sind Empfehlungen für Gehälter möglich. Der Beitrag ist von den Pflegekräften zu entrichten.

Finanzierung der Pflege:

Die Finanzierung der Pflegeleistungen sollte nicht zu einer Generationen übergreifenden Belastung werden. Daher müssen Finanzierungsmöglichkeiten innerhalb des bestehenden Bundes und/oder Landesbudgets gefunden werden. Auch eine Private Vorsorge wird als additiver großer Baustein unabdingbar.

- Gesetzlich Versicherte sensibilisieren für die Ausgaben, die sie, durch Besuche beim Arzt und verschiedenen Leistungen, verursachen durch z. B. Ausdrücke der Leistung und was es kostet

- (Weg zur besseren Rationalisierung).
- Rechtliche Absicherung für Ärzte, dass Patienten nicht für alles im Krankenhaus bleiben müssen, oder nach niedrigerem Ermessen bereits das Krankenhaus verlassen können (Weg zur Entlastung).
 - Förderung von Neueinstellungen von Pflegekräften, statt Ärzten, bei Gewährleistung eines ausreichenden Ärztebestands.

Azubis in der Pflege nicht im Regen stehen lassen:

Von den wenigen Menschen, die sich zu einer Ausbildung in der Pflege entscheiden, brechen sehr viel die Ausbildung ab. Gründe dafür sind Überlastung, unterbesetzte Stationen und fehlende Praxisanleitung.

So fordern wir, dass die Überprüfung der Praxisanleitung ebenfalls durch den MDK erfolgt und eine Wertung öffentlich ausgeschrieben sein muss. So können Auszubildende bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz die Kliniken besser gegeneinander abwägen, und es besteht so ein Wettbewerb. Von diesem versprechen wir uns eine qualitative Aufwertung der Pflege in Deutschland.

Antrag wurde beschlossen.

Lehrermangel an Schulen NRW bekämpfen - Anreize setzen durch Bedarfszulage und Prämie (16.03.2019, Antragssteller: Oliver Zengoski, Ortsverband 1)

Die FDP Düsseldorf möchte die Landesregierung auffordern, zusätzliche Anreize zu schaffen, um dem Lehrermangel an den Schulen NRW in den Schulformen der Primarstufe wie auch der Sekundarstufe I entgegenzuwirken. Hierzu schlägt der Kreisverband zum einen eine Bedarfszulage vor. Eine solche Bedarfszulage soll allen Lehrkräften der Primarstufe wie auch der Sekundarstufe I zu Gute kommen. Ferner soll für Lehrkräfte der Primarstufe und der Sekundarstufe I an Schulen in besonders „schwierigen Lagen“ zusätzlich eine Prämie gewährt werden. Diese zusätzlichen Entgeltinstrumente sollen nach den Grundprinzipien der freien Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage ihre Anwendung finden. Sie sind variabel auszugestalten und gelten für verbeamtete wie für angestellte Lehrkräfte gleichermaßen.

Antrag wurde beschlossen.

Die Digitalisierung erlebbar machen – digitaler Showroom für Düsseldorf (16.03.2019, Antragssteller: Sebastian Rehne, Moritz Kracht)

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft in hohem Tempo. Als Freie Demokraten haben wir uns frühzeitig mit diesem Thema auseinander gesetzt – um aus diesem Megatrend eine Chance für unsere Stadt und unser Land zu machen.

Diese wollen wir noch sichtbarer und erlebbarer machen und bitten daher die FDP-Ratsfraktion, sich für einen „Digitalen Showroom“ in Düsseldorf einzusetzen. Sollte eine Umsetzung vor der Kommunalwahl nicht mehr möglich sein, soll die Idee im Kommunalwahlprogramm verankert werden.

Der „Digitale Showroom“ ist der realen Bürosituation mit Front Desk, Back Office sowie

Rechenzentrum nachempfunden. Er soll Bürgern und Unternehmen die Vielzahl der Möglichkeiten einer „Digitale Musterkommune“ aufzeigen: Dort sollten digitale Entwicklungen probiert, technische Kompatibilitäten mit anderen Produkten getestet, neue Anwendungen entwickelt und erprobt werden können. Der Showroom richtet sich also gleichermaßen an Bürger, Unternehmen, Anwender in der kommunalen Administration, Universitäten / Hochschulen mit IT-Fachstudiengängen.

Ziel des Konzepts ist es, den Transformationsprozess der Öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen, die Begeisterung weiter zu steigern und die Entwicklung neuer andockender Produkte und Konzepte zu forcieren.

Antrag wurde beschlossen.

Neue Flächen für Kultur und Kreativwirtschaft erschließen (16.03.2019, Antragssteller: Michael Dimitrov, Rainer Matheisen, Markus Jaskolski, Matthias Lambert)

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf wird gebeten, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zu beauftragen, welches im Zusammenspiel von Kulturförderung, Stadtplanung und Wirtschaftsförderung sowohl temporäre als auch längerfristig nutzbare Räume und Flächen für kulturelle bzw. für kulturwirtschaftliche Aktivitäten im Stadtgebiet identifiziert und in die planerischen Prozesse einbezieht. Im Fokus sollen Arbeitsräume ebenso wie Präsentationsflächen stehen. Hierbei sollen neue Modelle der Zusammenarbeit zwischen Bau- bzw. Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsunternehmen und den kulturell bzw. kulturwirtschaftlich Tätigen entwickelt und modellhaft für das Land NRW pilotiert werden.

Der Fokus liegt dabei auf der Nutzung aller Möglichkeiten und Synergien von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, um neue wirtschaftliche Nutzungen und Freiräume in Städten zu schaffen. Diese Pilotierung ist vor dem Hintergrund der Gentrifizierung der Städte über die Kulturwirtschaft hinaus von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Für die Anschubfinanzierung soll die Beantragung von EU-Fördermitteln geprüft werden.

Antrag wurde beschlossen.

Mit eHealth die notfallmedizinische Versorgung im Rahmen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Düsseldorf in die Zukunft führen (28.05.2019, Antragssteller: Dr. Christine Rachner, Ulf Montanus)

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass eHealth Anwendungen im städtischen Gesundheits- und Rettungswesen zügig Einzug hält, um das hohe Qualitätsniveau bei der notfallmedizinischen Versorgung der Düsseldorfer Bevölkerung zu halten und möglichst noch zu verbessern.

Beispiele für eHealth Anwendungen im Gesundheits- und Rettungsdienst sind:

- die Einführung eines Telenotarztsystems, u.a. zur besseren Unterstützung der Notfallsanitäter durch die Leitstelle,
- eine Softwareunterstützung für die Abfrage in der Leitstelle mit dem Ziel, diese mit den sog. Portalpraxen zu verknüpfen und somit die anrufenden Bürgerinnen und Bürger in das für sie am besten geeignete medizinische Versorgungssystem zu führen,

- der Einsatz von Tablets zur elektronischen Einsatzdatenerfassung und -dokumentation und idealerweise mit einer Schnittstelle zur Klinik,
- der weitere Ausbau des Projektes MOBIDAT (mobile Datenerfassung) zur Verbesserung der Kommunikation insbesondere bei Großschadensereignissen,
- die Implementierung eines webbasierten Systems zur Darstellung der Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten in Echtzeit in den Düsseldorfer Krankenhäusern

Antrag wurde beschlossen.

Digitalisierung als Chance im Umgang mit Einsamkeit begreifen (28.05.2019, Antragssteller: Dr. Christine Rachner, Sabine Mayer, Karsten Döriges, Eva-Maria Bartylla, Ulrike Schneider, Rainer Matheisen)

Die Düsseldorfer Ratsfraktion wird beauftragt, sich verstärkt dafür einzusetzen, das Thema Einsamkeit als ein Phänomen, das Menschen in allen Altersgruppen betrifft, ins politische Bewusstsein zu heben. Es soll eine öffentliche Sensibilität gestärkt werden. Die Verwaltung soll bei entsprechenden Aktivitäten unterstützt werden z.B. eine Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Einsamkeit.

Ein Hauptaugenmerk ist hierbei auf telefonischen Hotlines und digitale Möglichkeiten zur besseren Unterstützung von einsamen Menschen aller Generationen zu legen.

Antrag wurde beschlossen.

Miteinander von grüner und grauer Infrastruktur! Umweltfonds in Düsseldorf stärken und urbane Umweltprojekte umsetzen (28.05.2019, Antragssteller: Dr. Christoph Schork, Dr. Christine Rachner)

Die Ratsfraktion der FDP wird gebeten, nachfolgenden Beschlussantrag in den Rat einzubringen:

„Der Rat der Stadt Düsseldorf möge beschließen, dass Bauherrn bei Bauprojekten im Innenbereich anstelle von Ersatzpflanzungen verstärkt auch Ersatzzahlungen in einen Umweltfonds nach der Baumschutzordnung leisten können.“

Die Stadt Düsseldorf hat kürzlich ein 1000-Bäume-Programm aufgelegt. Tatsächlich sind die Flächen für die Pflanzung von weiteren Bäumen im Stadtgebiet rar. Für Ersatz-pflanzungen nach der Baumschutzordnung werden schon heute kaum noch geeignete Plätze gefunden.

Es wird daher vorgeschlagen, die städtischen Umweltfonds zu stärken und mit den Mit-teln innovative Umweltprojekte zur Förderung der Flora und Fauna in Düsseldorf zu finanzieren. So könnten Maßnahmen wie zum Beispiel der Bau von Wildbrücken zur Vernetzung von Biotopen bzw. Grün- und Waldflächen, die Anlage von Streuobstflächen und Wildblumenwiesen, u.v.m. umgesetzt werden.

Weitere Projekte könnten die Entsiegelung von Innenstadtflächen und die gezielte Schaffung von Abläufen zur Umleitung von Regenwasser in Parks und Grünanlagen der Stadt sein. Dies würde die Kanalisation bei Starkregenfällen entlasten.

Antrag wurde beschlossen.

Partei als Expertensystem 4.0 (28.05.2019, Antragssteller: Dr. Marek Jenöffy, Katrin Schmitz, Ortsverband 1)

Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Vernetzung der Partei als „Expertensystem 4.0“ erarbeitet. Ziel der Vernetzung ist es, vorhandenes Fachwissen/Spezialwissen einzelner Parteimitglieder (Experten in ihrem Thema) sichtbarer und für die Parteiarbeit/Programmarbeit nutzbarer zu machen. Eine Mitarbeit der Experten soll nicht von einer Präsenz vor Ort, z.B. im Rahmen von Fachausschusstreffen, abhängig sein, sondern bewusst durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel (Telefonkonferenz, Videokonferenz, Chat etc.) vereinfacht werden.

Die Umsetzung erfolgt gegebenenfalls in sieben Schritten:

1. Es wird eine Koordinatorin des Projektes eingesetzt, die dieses betreut.
2. Die Koordinatorin identifiziert Politikfelder, für die unterschiedlichstes Expertenwissen benötigt wird. Diese Identifikation soll möglichst detailliert erfolgen.
3. Die Koordinatorin identifiziert geeignete Medien, die zur Vernetzung genutzt werden können (virtuelle Telefonräume, Programm für Videokonferenz wie Skype etc.).
4. Jedes Politikfeld erhält eine Ansprechpartnerin in Partei oder Fraktion.
5. Erstellung einer „Expertendatenbank“ der Parteimitglieder. Die Experten werden mithilfe der Parteigliederungen sowie der Landes- und Bundesfachausschüsse durch die Koordinatorin identifiziert. Darüber hinaus können sich Parteimitglieder selbst als Experten in der Datenbank eintragen. Eine Eintragung in der Datenbank erfolgt natürlich nur nach persönlicher Zustimmung des Mitglieds und unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.
6. Ist Expertenwissen zur Bearbeitung verschiedener politischer Themen kurzfristig notwendig, können die Mitglieder in der Datenbank angefragt werden und ggf. in Telefon- oder Videokonferenzen zusammengebracht werden.
7. Auch die Landes- und Bundesfachausschüsse können auf die Experten-datenbank zugreifen und Mitglieder um eine Einschätzung zu verschiedenen Themenfeldern bitten.

Antrag wurde beschlossen.

Neue Partnerstädte für Düsseldorf (28.05.2019, Antragssteller: Ortsverband 2, Elsbeth Brück, Jessica Brück, Edeltraud Cromme, Kai Eggert, Dr. Jens Erfurth, Marc W. Held, Dr. Marek Jenöffy, Fritz Nowak, Ralf Püschel, Katrin Schmitz, Jill Wintermeyer, Oliver Zengoski)

Die Landeshauptstadt Düsseldorf soll als Ausdruck der besonderen Deutsch-Französischen Freundschaft die Gespräche mit dem Ziel führen, eine Städtepartnerschaft mit einer geeigneten Stadt zu erlangen. Außerdem sollen weitere thematische Partnerschaften mit anderen Städten im Ausland geschlossen werden.

Antrag wurde beschlossen.

ÖPNV langfristig attraktiver machen - autonom fahrenden ÖPNV erproben (29.10.2019, Antragssteller: Markus K. Jaskolski, Karsten Dörges, Piero Alessio und Ferry Weber (AG Netzpolitik / Digitales); Rainer Matheisen; Manfred Neuenhaus)

Der Kreishaupatausschuss möge beschließen und die Ratsfraktion dazu auffordern:

- Die Vorteile eines autonom fahrenden ÖPNVs zu erkennen und sich für diesen einzusetzen, sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung gegenüber einem autonom fahrenden ÖPNV zu fördern.
- Hierzu verschiedene Projekte zu entwickeln und umzusetzen:
 - Eine autonom fahrende Teststrecke auf der Wehrhahn-Linie einzurichten
 - Konzepte zu erproben die äußeren Stadtgebiete mit autonom fahrenden Kleinbussen besser anzubinden
 - Einen autonom fahrenden Bus auf der Rheinuferpromenade zu realisieren, um Bürgerinnen und Bürger autonom fahrende Systeme näher zu bringen
- Diesen Ansatz für einen attraktiven ÖPNV der Zukunft auch im Kommunalwahl-kampf zu verankern.

Antrag wurde beschlossen.

Klimaneutrale Brennstoffe und die Bepreisung von CO₂-Emissionen: Belohnen statt bestrafen. Wettbewerb statt Verbote. (29.10.2019, Antragssteller: Dr. Jens Erfurth, Jan Maass, Dr. Marek Jenöffy, Kat-rin Schmitz, OV1)

Der Kreishauptausschuss möge beschließen und dem Bundesparteitag zum Beschluss vorlegen:

Wir fordern die Befreiung klimaneutraler Brennstoffe von der Energiesteuer. So wird eine sachgerechte Bepreisung von CO₂-Emissionen durch fossile Brennstoffe im Verkehrs- und Wärmesektor erreicht.

Antrag wurde beschlossen.